

DIE EU DER FÄHIGEN UND WILLIGEN – THEORIE UND PRAXIS EINES MILITÄRISCHEN UND ZIVILEN KERNEUROPA. ZIELE, ZWÄNGE UND ZWEIFEL

THOMAS ROITHNER

*Ene, mene, muh und raus bist du.
Ene, mene, meck und du bist weg.
Auszählreim*

1. Einleitung

Mit aufeinandergestapelten Bausteinen wirbt das österreichische Außenministerium (2013) ganzseitig in Zeitungen für die Europäische Union. Jeder Baustein trägt einen Buchstaben, und die Bausteintürme symbolisieren vergleichend die Bevölkerungsgrößen Chinas, Indiens, der USA und Österreichs. „Kein europäisches Land hat auch nur annähernd eine mit China (1,3 Mrd. Menschen), Indien (1,2 Mrd. Menschen) oder den USA (321 Mio.) vergleichbare Größe und Einwohnerzahl. Mit über 500 Mio. Menschen ist aber die Europäische Union eine Wirtschaftsgröße, die ihre – und damit unsere – Interessen weltweit durchsetzt“ (zit. aus der Anzeige, Außenministerium 2013). Österreich bildet in der Anzeige ein schmales Türmchen mit 8 Millionen EinwohnerInnen ab. Man versucht zu vermitteln, dass die EU mit all ihren sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sicherheitspolitischen Traditionen und Zielsetzungen mit einer Stimme sprechen muss. Was tun mit alternativen Haltungen und Voraussetzungen, unterschiedlichen Vorstellungen oder Geschwindigkeiten, wenn doch die EU im Sinne einer einheitlichen Integrationsstrategie „die Gleichheit aller Mitglieder vor den Verträgen“ (Europäische Union 2007: Artikel 3a/2 des EU-Vertrages von Lissabon) achtet?

Die Debatte verschiedener Kerneuropa-Modelle hat in der europäischen Integration bereits eine mehrere Dekaden lange Geschichte. Zu Beginn der 1970er Jahre formulierte Willy Brandt eine „Abstufung“ von Mitgliedern, und der belgische Premierminister Leo Tindemans wurde 1974 von den

Staats- und Regierungschefs der EWG beauftragt, angesichts der Unterschiede in der Wirtschafts- und Finanzlage Lösungsvorschläge zur weiteren Integration zu formulieren (Keutel 2012: 5-6). Unabhängig vom Denkmotiv und der Motivation der Kerneuropa-Debatte weist diese eine Konstante auf: Deutschland und Frankreich (Weske 2006) finden sich in ihrem Zentrum. Kerneuropadebatten hatten – neben der Befürchtung eines generellen Integrationsstillstands – im Wesentlichen zwei auslösende Faktoren. Einerseits waren dies Erweiterungsschritte der EU, bei denen aufgrund des neu zu erreichenden Pluralismus eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit der EU befürchtet wurde. Und andererseits wurden unterschiedliche Überlegungen zur Schaffung kerneuropäischer Strukturen infolge von negativ ausgegangenen Referenden der Mitgliedsstaaten vorgebracht. Dazu zählen die Referenden in Dänemark zum Vertrag von Maastricht 1992, die Ablehnung des Vertrages von Nizza 2001 durch die irische Bevölkerung und die 2005 mehrheitlichen Ablehnungen des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden. Im Jahr 2008 wurde der Vertrag von Lissabon erneut durch die irische Bevölkerung abgelehnt (Fisahn 2008).

Kerneuropa-Modelle erklären sich einerseits in der EU-Innenwirkung, um die vielfältigsten Bedenken von einzelnen Staaten oder Bevölkerungen in Bezug auf den Integrationsprozess nicht nennenswert zu behindern, und andererseits in der Außenwirkung, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen auch gegenüber den USA, China, Russland oder Indien fest zu untermauern. Kerneuropa stellt heute im Wesentlichen eine Strategie dar, die die Union als vermeintlich von der Globalisierung Getriebene geopolitisch, geoökonomisch und militärisch zu innerer und äußerer Handlungsfähigkeit führen soll (Altvater/Mahnkopf 2007: 15). Die geoökonomischen Bedingungen (Bieling 2010) werden beinahe naturgesetzlich und von außen gegeben dargestellt. Das EU-Parlament ist sogar „besorgt über den drohenden Verlust der EU an ihrer strategischen Bedeutung“ (EP 2012: 6). Einer der weniger solidarischen Aspekte der öffentlichen Debatte um ein Kerneuropa ist, jene Staaten, deren Regierungen oder Bevölkerung sich außerhalb der Agenda positionieren, aus der EU auszuschließen oder zu marginalisieren – ene, mene, meck und du bist weg.

2. Was ist Kerneuropa?

Kerneuropa wird in dieser Arbeit als Begriff verwendet, der die EU-Modelle von mehreren Integrationsgeschwindigkeiten oder unterschiedlichen auch dauerhaft etablierten Integrationstiefen in bestimmten Politikbereichen beschreibt. Das Modell bleibt bei lediglich unterschiedlichen Geschwindigkeiten gegenüber den bislang Außenstehenden offen – wie Jacques Chirac oder Joschka Fischer ihre Vorschläge verstanden wissen wollten (Keutel 2012: 10-11) – während es anderen um eine zeitlich unbefristete

te Schaffung eines Kernes innerhalb der EU geht, der in Konsequenz auch eine Peripherie innerhalb der EU aufweist („Europe à la carte“). Den Kerneuropa-Konzeptionen wohnt eine thematische (Währung, Sicherheit, freier Personenverkehr etc.) und eine temporäre Dimension inne, wobei sich innerhalb bestimmter Politikbereiche wieder verschiedenste weitere Möglichkeiten staatlicher Kooperationen ergeben. Die Motivlagen und Kriterien mögen in den einzelnen Politikbereichen sehr unterschiedlich sein, wobei die grundsätzliche Differenz darin liegt, dass sich manche Staaten die EU eher als Freihandelszone mit Erhalt nationaler Entscheidungsbefugnis wünschen und sich andere wiederum in Richtung der Vision eines EU-Bundesstaates engagieren.

Ein diskussionsbestimmender Ansatz ist das Kerneuropa-Modell nach Wolfgang Schäuble und Karl Lamers (1994: 4), wonach man sich „am Modell eines föderativen Staatsaufbaus“ orientiert. Dieses Modell aus dem Jahr 1994 soll durch den Unionsvertrag „institutionalisiert werden, da die Methode andernfalls auf intergouvernementale Zusammenarbeit beschränkt bliebe und Tendenzen eines ‚Europa à la carte‘ fördern könnte“ (ebd.: 5). Kennzeichen des Modells ist, dass die Kernstaaten „nicht durch Veto-Rechte anderer Mitglieder blockiert werden dürfen“ (ebd.). Ebenfalls zeitlich kurz vor der EU-Erweiterung um Schweden, Finnland und Österreich plädierte der deutsche Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer für das „Modell mehrerer Geschwindigkeiten“: „Mehrere Geschwindigkeiten im politischen wie im monetären Bereich Europas könnten darüber hinaus das denkbare Spannungsverhältnis zwischen Erweitern und Vertiefen der Gemeinschaft entkrampfen. Die Angst, Erweiterung bedeutet Stillstand der Integration, beruht ja auf der Vorstellung, jeder müsse bei jedem Schritt gleichzeitig mitgehen. Der Langsamste bestimmt dann das Tempo“ (Tietmeyer 1994: 459). Mit dem Vertrag von Amsterdam im Jahr 1997 wurde eine „engere Zusammenarbeit“ vereinbart, die der Vertrag von Nizza 2001 bestätigt hat.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso (2007: 2) plädierte noch im Jahr 2007 für die Strategie der einheitlichen Integration der EU-Staaten. „Die Kommission ist per Definition dazu angehalten, umfassende und alle Mitglieder einschließende Lösungen zu unterstützen. Und ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten sollte nicht die Lösung aller unserer Probleme sein.“ Vier Jahre später vertritt Barroso (2011) die Ansicht, die Langsamsten haben „aber nicht das Recht, die anderen am Voranschreiten zu hindern.“ Barrosos Motivation zur Weiterentwicklung kerneuropäischer Instrumente wird angesichts einer Rede in Straßburg (nach Waterfield 2007) deutlicher: „Ich vergleiche die EU gerne mit einem Gebilde zur Organisation eines Imperiums. Wir haben die Dimension eines Imperiums.“ Ein Imperium mit langsamen, militärisch unwilligen und unfähigen Mitgliedern erscheint kaum denkbar.

Die hier dargestellte Kerneuropadebatte hat in seiner Geschichte schon unterschiedlichste Bezeichnungen für zum Teil ähnliche politische Ideen angenommen: „Gravitationszentrum“, „Spitzengruppe“, „Triumvirate“, „Direktorien“, „Avantgarde“-Europa, „Europa der konzentrischen Kreise“ oder „Pioniergruppen“ sind nur einige der Begriffe. Mit der Währungsunion, dem Schengener Abkommen oder beispielsweise der seinerzeitig vorgenommenen Einschränkung der Freiheit des Personenverkehrs für 2004 der EU beigetretenen Staaten wurde das Modell außerhalb der Außen- und Sicherheitspolitik – zum Teil sogar außerhalb der EU-Verträge – erprobt. Anja Keutel (2012: 15) fasst zusammen, „dass in der heutigen Europafor­schung die These vertreten wird, dass die einheitliche Integration einerseits das Paradigma der Europäischen Einigung darstellt, dass im Laufe dieser Entwicklung aber andererseits auch immer wieder Strategien der nicht-einheitlichen Integration angewandt wurden.“ Die „Drohungen“ mit Kerneuropa „widersprechen den mit der ‚Osterweiterung‘ verbundenen Erwartungen und Hoffnungen auf eine demokratisch und sozial verfasste Union gleichberechtigter Mitgliedstaaten“, so Wilhelm Ersil (2004: 344).

Claudia Major und Christian Mölling stellen im Hinblick auf die Auswirkungen der Finanzkrise die Herausbildung von „Informalisierung und Mini-Cluster“ im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fest. Sie beschreiben als Hintergrund eine Entwicklung, in der die GSVP als Teil des gesamten Integrationsprojektes EU an Attraktivität einbüßt (Major/Mölling 2013: 332) und die GSVP keinen „spill over“ aus der allgemeinen Politik der EU erhält. Die Problemlage der GSVP ist auch durch die „politische Abwesenheit der EU während des Libyenkonfliktes“ (Major/Mölling ebd.: 332) zu sehen. Die „Mini-Cluster“ folgen politischen, regionalen und militärischen Kriterien. Als Beispiele – samt Mischvarianten – werden u. a. die Nordic Defence Cooperation, der britisch-französische Verteidigungspakt von 2010 oder das Weimarer Dreieck genannt. Der aus Sicht der AutorInnen „entstehende Kooperationsflickenteppich hat weder etwas mit der EU als Rahmen zu tun noch hat er bislang sehenswerte Bilanzen in Form militärischer Fähigkeiten erbracht. ... Die EU und ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bilden derzeit keinen relevanten Rahmen für politische Abstimmung, militärische Kooperation oder Fähigkeitsentwicklung. Durch die Renationalisierung von Außen- und Sicherheitspolitik nutzen die Staaten die traditionellen Foren kollektiver Sicherheit nicht mehr zur Beratung oder Problemlösung“ (ebd.: 329). Die von Major und Mölling beschriebenen „Mini-Cluster“ sind allerdings nicht im Sinne der in diesem Beitrag beschriebenen Kerneuropa-Konzeptionen mit einem starken deutsch-französischem Zentrum zur Weiterentwicklung des Ambitionsniveaus bei Militäreinsätzen und Rüstungsprojekten zu sehen, sondern unterscheiden sich davon grundsätzlich.

3. Theoretische Fassung von Kerneuropa

Grundsätzlich kann keine Theorie der EU-Integration (vgl. für diesen Abschnitt Roithner 2013) Kerneuropa vollständig erklären, sondern lediglich unterschiedliche Näherungsansätze anbieten. Die verschiedenen Kerneuropamodelle resultieren nicht ausschließlich und alleinerklärend aus der Politik einzelner Akteure, Strategien oder Strukturen. In diesem Abschnitt sollen ausgewählte theoretische Erklärungs- und Entwicklungsansätze dargestellt werden.

Der Neo-Funktionalismus sieht „multiple Verbindungen und daraus resultierende Interdependenzen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren über Grenzen hinweg“ (Wolf 2006: 68) als wesentliches Merkmal seines empirisch-analytischen Ansatzes. Als „Motoren“ der Integration sieht Ernst B. Haas – als wesentlicher Vertreter dieser Denkschule – die Notwendigkeiten, die sich auf vielfältigste grenzüberschreitende Arbeitsprozesse und Interdependenzen zurückführen lassen. Er identifiziert nicht grundsätzlich politische Aspekte, die auf unterschiedliche andere Bereiche übergreifen („spill-over“). „Intendiert oder nicht intendiert: Ein einmal begonnenes supranationales Integrationsprojekt dehnt sich Schritt für Schritt funktional wie territorial aus“ (Wolf 2006: 73). Eine gelungene Integration kann Lernprozesse auslösen, was als „political spill-over“ (Haas 1964, zit. nach Wolf 2006: 73) bezeichnet wird. So ergeben sich nach diesem Denkmodell beispielsweise aus militärisch auslandseinsatzorientierten Kooperationen auch rüstungsindustrielle Projekte und vice versa.

Andreas Nölke (2006: 145) hat supranationales Regieren als „die Fähigkeit der Institutionen der Europäischen Union ..., in einem bestimmten Politikfeld für alle Akteure verbindliche Regeln zu setzen“, definiert. Der Supranationalismus betrachtet sowohl hinsichtlich der Politikbereiche als auch hinsichtlich des Zeitablaufes die Möglichkeit unterschiedlicher Integrationsentwicklungen (Nölke 2006: 147). Nach dem Supranationalismus weist die EU „vielmehr sehr unterschiedliche Kompetenzen in einer breiten Reihe von Politikfeldern“ (ebd.: 150) auf. Die unterschiedlichen Fortschritte der Integration bei Binnenmarkt und Außenpolitik werden dadurch erklärt, dass bislang wesentlich mehr Akteure Interesse am Binnenmarkt als an der Außenpolitik signalisieren (ebd.: 154).

Der Intergouvernementalismus sieht in Nationalstaaten die zentralen Akteure zur Gestaltung der Zusammenarbeit, wobei den Regierungen eine entscheidende Rolle zukommt. Als maßgeblicher Theoretiker des Intergouvernementalismus ist Stanley Hoffmann der Ansicht, dass die Fortschritte der Kooperation nicht auf transnationale oder supranationale Akteure zurückzuführen sind. Zu den nationalstaatlichen Elementen zählt Hoffmann nicht nur Regierungsentscheidungen, sondern auch nationalstaatliche Traditionen und Erfahrungen sowie politische Persönlichkeiten mit Leaders-

hipqualitäten (nach Bieling 2006: 90). Europäische Integration ist für Hoffmann – durchaus verstanden in der Tradition der realistischen Schule – „ein gemeinsamer Handlungsrahmen ..., den die beteiligten Nationalstaaten unter den Bedingungen des Kalten Krieges ausgehandelt haben. Nationalstaaten sind in der Lage, unerwünschte Integrationschritte und Integrationsziele zu verhindern. Auch Fortschritte sind bewusste Entscheidungen der Regierungen“ (nach ebd.: 104). Der liberale Intergouvernementalismus – maßgeblich entwickelt von Andrew Moravcsik – definiert, dass die Interessen der Staaten als zentrale Akteure der internationalen Politik nicht ausschließlich durch Macht definiert werden, sondern auch durch innergesellschaftliche Akteure und Prozesse (Steinhilber 2006: 170).

Zur Reflexion und Infragestellung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der Internationalen Politik hat der kanadische Politologe Robert Cox die Konzepte von Antonio Gramsci eingeführt (Bohle 2006: 197). Für Gramsci ist das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung (Krell 2004: 282). Die Kritik der NeogramscianerInnen an den Theorien der Internationalen Beziehungen ist, dass diese den gesellschaftlichen Wandel nicht ausreichend erklären können (Bieler/Morton 2006: 355) sowie Ungleichheit und Herrschaftsverhältnisse nicht adäquat berücksichtigen (Bohle 2006: 199). Ulrich Brand (2007: 264) führt dabei in den Hegemoniebegriff ein, der „weniger ein Modus raffinierter Machtausübung von oben“ ist, sondern „die breite Anerkennung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse durch vielfältige ökonomische, politische und ideologische Mechanismen“ darstellt. Für Robert Cox ist von Wichtigkeit, „wie eine Weltordnung entsteht, welche Macht- und Herrschaftsstrukturen für eine Weltordnung charakteristisch sind und wie diese reproduziert und abgesichert werden und welche ‚Kräfte‘ (i.S. von Akteuren) innerhalb einer bestehenden Weltordnung das emanzipatorische Potenzial haben könnten, die herrschende Ordnung zu verändern“ (nach Bieler/Morton 2006: 356).

4. Näherungen zu einem sicherheitspolitischen Kerneuropa

Am 12. Mai 2000 hielt der seinerzeitige deutsche Außenminister Joschka Fischer an der Berliner Humboldt-Universität eine viel beachtete Rede mit dem Titel „Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“. Diese Rede sollte der Debatte einen neuen Schwung verleihen. Die EU muss nach Fischers seinerzeitigem Vorschlag (2000) angesichts der möglichen Erosion durch die EU-Osterweiterung und einen allfälligen durch die Staaten verursachten Stillstand zu einem Verfassungsvertrag kommen, der möglicherweise auch durch „eine kleine Gruppe von Mitgliedsstaaten als Avantgarde“ etabliert wird. Dieses „Gravitationszentrum“ wird „aus tiefer europäischer Überzeugung“ die politische Integration voranbringen. Wichtig ist Fischer, dass diese „verstärk-

te Zusammenarbeit nicht als eine Abkehr von der Integration verstanden werden darf, [weil] das die EU zusammenhaltende Band weder politisch noch rechtlich beschädigt werden darf.“ Bei der Beschreibung seiner Avantgarde legt Fischer klar, dass sie niemals exklusiv sein darf, sondern für alle Mitgliedsstaaten und EU-Beitrittskandidaten offen sein muss. 2004 hatte der deutsche Außenminister seine Haltung gegenüber Kerneuropa etwas revidiert. Dass eine Gruppe von Staaten innerhalb der Union ein schnelleres Tempo geht, „kann unter Umständen zeitweise nützlich sein. Aber nur innerhalb des fest verankerten Rahmen der europäischen Verfassung.“ Mit der Begründung, dass die EU eine Gemeinschaft integrierter Staaten sein müsse, zweifelt er an „klein-europäischen Vorstellungen“ und stellt seine Haltungsänderung in einen globalen Kontext. „Russland, China, Indien und natürlich die Vereinigten Staaten – die haben die notwendige Größe. Für uns Europäer stellt sich die Frage, ob wir eng genug zusammenwachsen können, um unser Gewicht geltend zu machen“ (Fischer 2004).

Kerneuropa und der Vertrag von Lissabon

Der EU-Vertrag von Lissabon des Jahres 2007 sieht für Auslandseinsätze zwei Arten von Kerneuropa-Modellen vor. Die Mitgliedsstaaten können entweder vom Rat beauftragt werden (Artikel I-41.5) oder in Form einer „Ständig Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) (Artikel I-41.6) intervenieren. Diese Auslandseinsätze umfassen das gesamte Petersberger Aufgabenspektrum bis hin zu Kampfeinsätzen (Lattacher 2013; Ruf 2009: 124-125). Die Mitglieder der SSZ werden vom Rat aufgelistet (III-312.2). Die Teilnahme ist nach dem Protokoll 23 über die SSZ an den Ausbau der multinationalen Streitkräfte, die Beteiligung an den wichtigsten EU-Rüstungsprogrammen, an die intensivere Tätigkeit in der EDA (European Defence Agency) oder an die Entsendung von „battle groups“ gebunden. Für die Teilnahme gelten demnach militärische und rüstungspolitische Kriterien.

Die Gruppe zur Zukunft Europas – bestehend aus den AußenministerInnen von elf EU-Mitgliedsstaaten (zur Liste vgl. Literaturverzeichnis), die ihre „persönlichen Gedanken“ darlegen – setzt in ihrem Bericht auf die „Möglichkeiten des Lissabonner Vertrages, insbesondere die Einrichtung einer ‚Ständig Strukturierten Zusammenarbeit‘“ (Gruppe zur Zukunft Europas 2012: 9). Langfristig strebt diese Staatengruppe – also ein Kern innerhalb der EU – an, dass „eine Ausweitung der Mehrheitsbeschlüsse im Bereich der GASP, eine gemeinsame Vertretung in internationalen Organisationen, wo dies möglich ist, und eine europäische Verteidigungspolitik“ anzustreben sind (Gruppe zur Zukunft Europas 2012: 3). Weniger als 50 % der EU-AußenministerInnen – Deutschland, Frankreich, die Benelux-Staaten und transatlantisch orientierte EU-Mitglieder eingeschlossen – wollen

mit Kerneuropa-Instrumenten die „politische Schlagkraft ihres Außenhandels erhöhen“ (Gruppe zur Zukunft Europas 2012: 3).

Wer ist das sicherheitspolitische Kerneuropa?

Die Ausführungen aus den Abschnitten 1 – 3 bzw. jene aus Abschnitt 5 verdeutlichen, dass eine einzige Liste von sicherheitspolitischen Kerneuropastaaten aufgrund der vielfältigen und unterschiedlichsten sicherheitspolitischen Kooperationsfelder der EU gar nicht existieren kann. Es existieren Kerneuropa-Konzeptionen unterschiedlicher Inhalte und in unterschiedlichen Staatenzusammensetzungen nebeneinander. Sehr wohl gibt es jedoch EU-Staaten, die sich bei Auslandseinsätzen, Truppeneinmeldungen oder Rüstungsprojekten in Qualität und Quantität besonders exponieren und sich daher in einem politischen Gesamtbild von Kerneuropa-Konzeptionen im Zentrum befinden.

In der nachfolgenden Tabelle wird versucht, sich dem Begriff des sicherheitspolitischen Kerneuropa über unterschiedlichste ausgewählte Kategorien zu nähern. Die Tabelle zeigt, welche EU-Staaten sich an der Einführung des Euro als Bargeld und am Schengener Abkommen (als nicht-sicherheitspolitische Bereiche), der NATO, der NATO-PfP sowie an den größten und maßgeblichen militärischen Auslandseinsätzen der EU („Artemis“, „Althea“, „Atalanta“ und „Eufor Tschad“) beteilig(t)en, an wie vielen „battle groups“ die EU-Staaten Truppen eingemeldet haben und wie hoch das Kontingent des jeweiligen Staates für die offiziell 60.000 SoldatInnen starke EU-Eingreiftruppe (EU-Rat von Helsinki 1999) ist.

EU-Land	€ als Bargeld	Schengen	NATO	NATO-PfP	Beitrag zur EU-Truppe	BG-Beteiligungen bis 2013	„Artemis“ (Kongo)	„Althea“ (Bosnien)	„Atalanta“ (Horn v. Afrika)	„Eufor Tschad“
Deutschland	X	X	X	X	18 000	9	X	X	X	-
Frankreich	X	X	X	X	12 000	10	X	X	X	X
Italien	X	X	X	X	12 500	7	X	X	X	X
Spanien	X	X	X	X	6 000	6	X	X	X	X
Niederlande	X	X	X	X	5 000	3	X	X	X	X
Portugal	X	X	X	X	4 000	5	X	X	-	-
Griechenland	X	X	X	X	3 500	5	X	X	X	-
Belgien	X	X	X	X	1 000	5	X	-	X	X
Slowakei	X	X	X	X	421	2	-	X	-	-
Luxemburg	X	X	X	X	100	2	-	X	-	-
Slowenien	X	X	X	X	85	2	-	X	-	X
Großbritannien	-	-	X	X	12 500	4	X	X	-	-
Finnland	X	X	-	X	2 000	4	-	X	-	X
Österreich	X	X	-	X	2 000	2	X	X	-	X
Irland	X	-	-	X	850	2	X	X	-	X
Schweden	-	X	-	X	1 500	3	X	X	X	X
Rumänien	-	-	X	X	1 300	4	-	X	-	-
Bulgarien	-	-	X	X	960	3	-	X	-	-
Litauen	-	X	X	X	750	2	-	-	-	-
Polen	-	X	X	X	500	2	-	X	-	X
Tschechien	-	X	X	X	550	2	-	X	-	-
Estland	X	X	X	X	450	2	-	-	-	-
Ungarn	-	X	X	X	250	2	X	X	-	-
Lettland	-	X	X	X	85	1	-	-	-	-
Dänemark	-	X	X	X	-	-	-	-	-	-
Zypern	X	-	-	-	176	3	-	-	-	-
Malta	X	X	-	X	35	-	-	-	-	-
Kroatien	-	-	X	X	?	1	-	-	X	X

*) Zur Quellenlage: Spalte 1 „€ als Bargeld“: in: http://europa.eu/about-eu/basic-information/money/euro/index_de.htm, abgerufen am 27.6.2013.
 Spalte 2 „Schengen“: in: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/FAQ/Visum/FuerD/17-Schengenstaaten.html?nn=350374>, abgerufen am 27.6.2013.
 Spalte 3 „NATO“: in: http://www.nato.int/cps/en/SID-5594271A-1594C951/natolive/nato_countries.htm, abgerufen am 27.6.2013.
 Spalte 4 „NATO PfP“: in: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_82584.htm, abgerufen am 27.6.2013.
 Spalte 5 „Beitrag zur EU-Truppe“: in: Neuber 2003: 6.
 Spalte 6 „BG-Beteiligungen bis 2013“: in: IISS 2010: 105.
 Spalte 7 „Artemis“: in: <http://www.e-ir.info/2012/10/05/operation-artemis-the-efficiency-of-eu-peacekeeping-in-the-congo/>, abgerufen am 27.6.2013.
 Spalte 8 „Althea“: in: http://www.euforbih.org/index.php?option=com_content&view=article&id=15&Itemid=134&limitstart=1, abgerufen am 27.6.2013 zzgl. Deutschland.
 Spalte 9 „Atalanta“: in: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/mission/Press/files/090812%20Factsheet%20EU%20NAVFOR%20Somalia%20-%20version%2010_EN.pdf, abgerufen am 27.6.2013.
 Spalte 10 „Eufor Tschad“, in: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/eufor_tchad_revisited.pdf, abgerufen am 27.6.2013.

Big 6

Von Frankreichs seinerzeitigem Präsidenten Nicolas Sarkozy wurde während des Präsidentschaftswahlkampfes der Vorschlag der „Big 6“ lanciert. Diese sechs Staaten – Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen – bilden in der ESVP ein Direktorium, wobei jeder der Staaten 10.000 SoldatInnen zu einer insgesamt 60.000 SoldatInnen starken Truppe beiträgt. Diese Truppe fungiert nach französischer Auffassung als „Pioniergruppe“, die anderen Staaten als Beispiel dienen sollte. Als Messlatte für Militärausgaben wurden 2 % des BSP vorgeschlagen, wobei Polen (1,8 %), Italien (1,7 %), Deutschland (1,3 %) und Spanien (1,2 %) bei diesem Modell noch Aufholbedarf hätten (Howorth 2008: 8-9).

Die Realisierung einer militärischen Kerneuropa-Agenda unter Ausschluss Großbritanniens – London war aufgrund der „special relationship“ mit den USA gegenüber einer autonom agierenden EU-Sicherheitspolitik stets kritisch – böte ein Gefahrenpotenzial zur Desintegration weit über das Feld der Militär- und Sicherheitspolitik hinaus. Ein transatlantisch orientiertes Kerneuropa kann allerdings auf Großbritannien nicht verzichten, zumal mit der Ernennung der Britin Catherine Ashton als Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik die Position Großbritanniens eine starke Aufwertung erfahren hat. Ein im Zuge der US-Administration von George W. Bush breit diskutiertes, von den USA emanzipiertes Kerneuropa (vgl. u. a. Bahr 2007, Roithner 2013) erscheint gegenwärtig politisch kaum denkbar.

Kerneuropakriterien militärisch durchdekliniert

Im Lehrbuch GSVP (Rehrl/Weisserth 2010: 30-31) – erstellt im Rahmen des European Security and Defence College (ESDC) – werden vier Kriterien für die Teilnahme an der Ständig Strukturierten Zusammenarbeit dargelegt. Kriterium 1 schlägt eine Hebung des Ambitionsniveaus im Hinblick auf Einsatzfähigkeit und Aufrechterhaltung vor. Angegeben wird eine Steigerung von 25 % innerhalb von fünf Jahren und eine Steigerung von 50 % in zehn Jahren. Kriterium 2 betrifft eine Harmonisierung der Militärausgaben. Teilnehmende Staaten unter dem Durchschnitt von 1,63 % (im Jahr 2010) verpflichten sich, ihren Anteil am BSP weder real noch anteilmäßig zu senken. Die Besteuerung eines BIP-Anteils zu den Projekten der EU-Verteidigungsagentur wird das Kriterium 3 genannt; und als 4. Kriterium sollten die teilnehmenden Staaten auf Sicht von etwa zehn Jahren den EU-Durchschnitt von 111.198 Euro bezüglich der Ausgaben pro SoldatIn erreichen.

5. Kerneuropäische Problemlagen in der Außen- und Sicherheitspolitik

5.1 Versuch der Überwindung strittiger Aspekte der Außenpolitik

Die Liste uneiniger außenpolitischer Fragen der EU der letzten zehn Jahre ist äußerst lang. Sie reicht von unterschiedlichen Positionen zum Irak-Krieg seit 2003 über die Kakophonie hinsichtlich der (Nicht-)Anerkennung des Kosovo, den Umgang mit Palästina, den Libanon-Krieg 2006, das konkrete Anti-Terror-Engagement der EU bis zum Umgang mit Syrien und dem diesbezüglichen Waffenembargo. Dazu kommen noch Fragen wie jene der atomaren Bewaffnung in der EU. Uneinigkeit herrscht auch bei der konkreten Ausformung der Schnittstelle zwischen Energiepolitik und Außenpolitik. Anlässe wie der Fall des US-amerikanischen Whistleblowers Edward Snowden scheinen die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik vor schier unlösbare Probleme mit der Mehrstimmigkeit innerhalb der EU zu stellen.

Die Schnittmenge aus einer mangelnden Einigkeit in der Außenpolitik, einer ständig wachsenden Anzahl von kerneuropastaatlichen Interessen folgenden EU-Auslandseinsätzen und der Lobby der Rüstungsbranche ist die Politik der Schaffung militärischer Instrumente ohne eine konkrete politische Strategie. Die seinerzeitige Leiterin des EU-Instituts für Sicherheitsstudien in Paris, Nicole Gnesotto (2005: 26), resümiert: „Die europäische militärische Zusammenarbeit bewirkt keine politische Integration in der EU.“ Außen- und Sicherheitspolitik scheint nicht mehr die Frage des politisch Wünschenswerten, sondern vielmehr des militärisch und industriell Machbaren zu sein. „Für die Sicherheits- und Verteidigungspolitiker sind die europäischen militärischen Fähigkeiten zu schwach, für die Steuerzahler ist die Verschwendung öffentlicher Mittel horrend und für die an Frieden und Sicherheit interessierten Bürger ist die Militarisierungstendenz gefährlich“, so Herbert Wulf (2007: 6), ehemaliger Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC). Für den Bereich der Ökonomie legte Hans Tietmeyer (1994: 458) dar: „Keine Währungsunion ohne politische Einbindung“.

Ein zentraler Punkt der Auseinandersetzung mit Kerneuropa-Konzeptionen ist, dass Auslandseinsätze gegenwärtig einen einstimmigen Beschluss – bzw. kein nationalstaatliches Veto – als Grundlage haben müssen. Kerneuropa dient als Instrument, um diese in Teilen der militärischen und politischen Eliten der EU ungeliebte Einstimmigkeitsregel zu umschiffen. Bereits 2001 betrachtete Jo Leinen (SPD) „die Abschaffung des Veto-Rechts“ als „Herzstück“ der EU-Reform. „Wer nicht mitmachen will, soll rausgehen“ (nach: Die Welt, 8.1.2002). Nicht nur in Deutschland und Frankreich wurden bislang dazu vielfältigste Überlegungen angestellt, son-

dem auch in jenen Staaten, die sich durch ein Vorpreschen bei der Aufweichung der Einstimmigkeit für EU-Militäreinsätze profilieren und sich damit selbst für eine Kerneuropa-Zugehörigkeit empfehlen. „Erste Felder im Bereich der GASP, die mit Mehrheitsentscheidung arbeiten, wurden in der EVA und im Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESVK/ESDC) eingeführt. Doch auch andere Bereiche, in denen es um besonders rasche Entscheidungsfindung geht, könnten in absehbarer Zeit folgen. So könnten z. B. Einsätze der EU *Battle Groups* auf Mehrheitsentscheidungen basieren. In diesem Fall müsste man aber der Battle Group stellenden Nation ein spezielles Votum zubilligen. Diese Mehrheitsentscheidung könnte z. B. so aussehen, dass im Vorfeld bestimmte Kriterien geschaffen werden, die bei Erfüllung eine Mehrheitsentscheidung ermöglichen. Diese vorbestimmten Kriterien könnten u. a. ein vorhandenes UNO-Mandat und/oder Einsatz in einem auf der ‚EU-Watch-List‘ befindlichen Land sein“, so Jochen Rehr (2007: 660), der in der offiziellen Militärzeitschrift der Republik Österreich seine persönliche Meinung veröffentlicht.

Bernhard Zepter (2009: 19), ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der EU-Kommission, führt mangelnde Fortschritte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik u. a. auf die Sonderrolle einiger großer Mitgliedsstaaten in zentralen außenpolitischen Fragen zurück. „In diesen Fällen bildet sich dann eine Art ‚Direktorium‘, das andere Mitgliedsstaaten gewissermaßen unter Kuratel stellt. Die EU wird durch die Schaffung vollendeter Tatsachen oder mit politischen Mitteln unter Druck gesetzt, eine ‚Pionierrolle‘ zu sanktionieren oder ein Mandat zu erteilen, die es dem Direktorium erlaubt, im Namen der EU zu handeln. Nicht beteiligte Mitgliedsstaaten und die EU-Institutionen sehen diese Entwicklung mit Sorge, weil dadurch das Prinzip der formalen Gleichwertigkeit aller Mitgliedsstaaten verletzt und die Rolle der Funktionsträger innerhalb der EU geschwächt wird“ (Zepter 2009: 19). Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick (2006: 69) spricht von einem „‚Muddling-through‘, bei dem einige Kernstaaten vorangehen und die übrigen in ihre Dynamik zwingen“. Bedenkenswert scheint dabei Varvicks Formulierung des Zwangs.

In außenpolitischer Hinsicht wurde das Modell Kerneuropa bereits an einer durchaus umstrittenen Frage sichtbar. Die EU-3 verhandelten mit anderen Akteuren in der Frage der Entwicklung des Nuklearpotenzials im Iran. Die Mitsprache und Möglichkeiten zur Lancierung von Vorschlägen tendieren bei den anderen EU-Mitgliedsstaaten realpolitisch zu einer marginalen Größe. Noch bedenklicher: Dies führt dazu, dass die Regierungen mancher kleinerer EU-Staaten nicht mehr daran interessiert waren, überhaupt eine Position in dieser Frage zu finden und vorzubringen, um nicht in die Verlegenheit zu geraten, eine abweichende Haltung gegenüber Kerneuropa in Brüssel oder gegenüber den unterschiedlichsten Akteuren im eigenen Land erklären zu müssen.

5.2 Hierarchisierung der EU-Staaten nach Interventions- und Rüstungspotenzialen

Mit dem Hintergrund der Kerneuropadebatten schlussfolgert der Sozialwissenschaftler und Friedensaktivist Gerald Oberansmayr (2008: 19): „Bei der EU geht es nicht um die Überwindung der Nationalstaaten, sondern um deren Hierarchisierung, und damit die Unterordnung des gesamten wirtschaftlichen und militärischen Potenzials des Kontinents unter eine zentralisierte Führung. Militarisierung und Hierarchisierung sind die untrennbaren Seiten imperialer Machtentfaltung.“ Oberansmayr (2004: 83) legt das Prinzip der NATO auf die „Finalität von Kerneuropa“ um und kommt zum Schluss: „Die NATO war Instrument der alten Blockkonfrontation, um, wie es Lord Ismay, der erste Generalsekretär der NATO, ausdrückte, ‚die Sowjets draußen zu halten, die Deutschen unten und die Amerikaner drin‘. Die EU ist Instrument der neuen Blockkonfrontation, um die Amerikaner draußen, ein deutsch-französisches Direktorium oben und die anderen – hierarchisch gestaffelt – drunten zu halten. Das ist die Quintessenz der immer heftiger werdenden ‚Kerneuropa‘-Debatte.“

Die Hierarchisierung der EU-Mitgliedsstaaten definiert (vgl. Rehr/Weisserth 2010 im Abschnitt 4) sich

1. an den vorhandenen Militärkapazitäten, „nämlich einen Kampfverband bereitzustellen oder dazu beizutragen“ (Rehr/Weisserth 2010: 30),
2. an den künftig deutlich auszubauenden qualitativen und quantitativen Militärkapazitäten für Auslandseinsätze (mehr SoldatInnen und mehr Mittelaufwand pro eingesetztem/r Soldat/in),
3. an der Ausweitung der politischen und militärischen Grenzen der Interventionsfreudigkeit („einsatzbereite Fähigkeiten und tatsächliche Einsätze“),
4. den militärbudgetären Rahmenbedingungen (die Verpflichtung, nicht abzurüsten) und schließlich
5. an der rüstungsindustriellen Basis. Dies bedeutet, dass die teilnehmenden Mitgliedsstaaten einen Anteil ihres BSP für Rüstungsprojekte der European Defense Agency (EDA) beisteuern.

Unterstützung zur Schaffung von Staaten erster und zweiter Rangfolge kam auch von Jürgen Habermas und Jacques Derrida (2003) besonders unter dem Eindruck des Irak-Krieges 2003: „Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ Gebrauch machen, um in einem ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, den Anfang zu machen. Davon wird eine Sogwirkung ausgehen, der sich die anderen Mitglieder – zunächst in der Eurozone – nicht auf Dauer werden entziehen

können. Im Rahmen der künftigen europäischen Verfassung darf und kann es keinen Separatismus geben. Vorangehen heißt nicht ausschließen. Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muss – wie so oft – die Lokomotive sein.“

Kerneuropa der Rüstung

Die französische Ratspräsidentschaft des Jahres 2008 (EUR 2008a: 18-20) hat eine Reihe von Rüstungsprojekten präsentiert, die unterschiedlichen kerneuropäischen staatlichen Zusammensetzungen folgen. Dabei arbeiten jeweils bestimmte Staaten an Rüstungsvorhaben, um autonome Militäreinsätze rüstungsindustriell zu unterstützen bzw. zu ermöglichen.

- An der Aufstellung der europäischen Lufttransportflotte haben zwölf EU-Mitglieder ihre Absicht bekundet,
- die Einrichtung einer multinationalen Einheit für das Militärflugzeug A400M wird durch vier EU-Mitglieder vorangetrieben,
- mehrere in Anzahl nicht bekannte Mitglieder arbeiten an der Einrichtung eines Lufttransportkommandos,
- um die Interoperabilität europäischer Luft- und Seestreitkräfte haben neun EU-Mitglieder ihre Absicht der Zusammenarbeit erklärt, wobei diese die „europäischen Seestreitkräfte und ihrer trägergestützten Fliegergeschwader fördern und die Wirksamkeit der Operationen der Europäischen Union und der NATO verbessern“ (EUR 2008b: 19),
- Fünf Mitgliedsstaaten werden im Bereich der weltraumgestützten Aufklärung zusammenarbeiten,
- an der Seeüberwachung inkl. dem von der EDA initiierten Ad-hoc-Projekt über künftige Überwachungsdrohnen werden sieben EU-Mitglieder teilnehmen und
- zehn EU-Mitglieder und Norwegen werden ihre Anstrengungen im Bereich der Seeminenräumung voranbringen.

Die Entwicklung dieser Kapazitäten zielt auf die Erfüllung der von Rehr und Weisserth (2010: 30-31) genannten Kriterien und unterscheidet sich von dem renationalistisch motivierten „Kooperationsflickenteppich“, den Major und Mölling (2013: 329, vgl. Abschnitt 2) skizzieren.

5.3 Doppeltes Demokratiedefizit

Die öffentliche sicherheitspolitische Debatte hinkt der militärischen und rüstungsindustriellen Realpolitik weit hinterher. Dazu kommt in der Sicherheitspolitik die mangelhaft ausgeprägte Rolle des EU-Parlaments und der nationalen Parlamente als von der Bevölkerung gewählte Institutionen. Kerneuropa-Konzeptionen verschärfen dieses Problemfeld, die alternative

Stimmen außerhalb der kerneuropäischen Projekte tendenziell marginalisieren. Zu Kerneuropa stellt Jürgen Habermas (2011: 7) – hier bezogen auf die Währungspolitik – die Frage nach dem Akteur: „Aber wer soll hier eigentlich wem Folgsamkeit gegenüber Beschlüssen welchen Inhalts auferlegen?“ Zusätzlich ist auch die Frage der Legitimität zu stellen. Wo endet die Legitimität und wo beginnt die Verselbstständigung der unterschiedlichsten sicherheitspolitischen und rüstungsindustriellen kerneuropäischen Staatenkooperationen? Wie bestimmt sich deren konkreter Auftrag im Spannungsfeld von defensiver und offensiver Auslandseinsatzpolitik? Wo beginnt und endet militärpolitische Geheimhaltung gegenüber den außerhalb des Kerns befindlichen EU-Staaten und gegenüber der Öffentlichkeit?

Für eine außenpolitisch starke EU und für eine diesbezüglich demokratische Meinungsbildung und -findung innerhalb der EU sind unterschiedliche Kerneuropa-Konzeptionen als exkludierende Instrumente wenig brauchbar. Eine wesentliche Problematik Kerneuropas ist die potenzielle Aushebelung eines Konsenses in Richtung einer umstrittenen Durchsetzung von nationalen Interessen der Kerneuropastaaten. Die Funktionsfähigkeit von Kerneuropa ist im Zusammenhang mit dem Hegemoniebegriff von Ulrich Brand (vgl. Abschnitt 3 dieses Beitrages) zu sehen.

Informelles Modell zur militärischen Sicherung von Interessen

„Das Schöne an der SSZ ist ihre Flexibilität“, so das Papier des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs (Rehrl/Weisserth 2010: 31). Kerneuropa-Konzeptionen können sowohl innerhalb als auch außerhalb der existierenden EU-Institutionen angesiedelt sein. Eine Frage des politischen Aushandlungsprozesses bleibt wohl, wenn ein Staat oder mehrere Staaten die Politik Kerneuropas ablehnen. „Die Schwelle eines begrenzten Akteurs wird die EU nur überschreiten können, wenn es ihr gelingt, flexible Koalitionen der Willigen – mit stillschweigender oder expliziter Zustimmung aller Mitgliedsstaaten – im Namen der gesamten EU agieren zu lassen, wie dies im Reformvertrag angelegt ist“, so Johann Frank (2009: 29-30) vom Büro für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.

Werner Weidenfeld sieht eines der denkbaren Szenarien der EU-Entwicklung in der Schaffung eines „geschlossenen Kerneuropas“. Die Zusammenarbeit findet außerhalb des vertraglichen Rahmens als intergouvernementale Kooperation statt. Der innere Kern verfolgt eine umfassende außen- und sicherheitspolitische Agenda, während Weidenfeld (2010: 204) die Gesamt-EU auf humanitäre und zivile Maßnahmen beschränkt sieht. Als „offenen Gravitationsraum“ bezeichnet Weidenfeld (ebd.: 205) das Szenario, welches innerhalb des Vertragswerkes die Intensität der Kooperation in unterschiedlichsten Politikfeldern regelt. Im Gegensatz zum „geschlossenen“ Modell können sich EU-Staaten unter bestimmten Kriterien

auch später noch zur Mitgliedschaft im „offenen Gravitationsraum“ entschließen.

In der politischen Praxis sind künftig sowohl Kerneuropamodelle von einem strengen und geschlossenen und einem flexiblen Charakter denkbar. Die Möglichkeiten gemäß dem Vertrag von Lissabon deuten – wie Frank dies oben darstellt – auf ein flexibel gestaltbares Instrument hin. Bereits heute existieren mehrere parallele und überlappende Modelle von Kerneuropa innerhalb und außerhalb des EU-Vertragsrahmens, wobei sich Frankreich und Deutschland in der Regel im Zentrum bewegen. Das Kerneuropamodell schließt allerdings andere Formen der bilateralen Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen oder rüstungsindustriellen Bereich nicht aus. Dies betrifft bilaterale Vereinbarungen, wie beispielsweise die Einrichtung eines „Verteidigungsrates“ durch Spanien und Frankreich im Jahr 2005 (Küchler 2005). Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt (2005: 84-85) ist der Ansicht, dass sich „im Lauf der nächsten ein bis maximal zwei Jahrzehnte ein innerer Kern der europäischen Integration herauskristallisieren wird.“ Dies passiere „weniger durch das Schaffen gemeinsamer Institutionen und Rechtsstrukturen als durch tatsächliches Handeln. Jahrelang haben Frankreich und Deutschland auf fast sämtlichen Feldern der europäischen Politik gemeinsam agiert, ohne dass es dafür Regeln oder rechtliche Grundlagen gab. Sie haben es einfach gemacht. In ähnlicher Weise wird sich vermutlich zunächst dieses Kerneuropa herauskristallisieren.“

5.4 „Mitgegangen – mitgehangen“ – Die Neutralen in der EU

Es stellt sich aufgrund der besonderen friedenspolitischen Tradition der Neutralen in der EU (Irland, Finnland, Schweden, Österreich und Malta) die Frage, ob sicherheitspolitische Kerneuropa-Konzeptionen – ob in Form von auslandseinsatzorientierten Ad-hoc-Bündnissen, der „Ständig Strukturierten Zusammenarbeit“ oder in Bündnissen zur Realisierung von Rüstungsprojekten und -exporten – normativ betrachtet eher friedens- oder militärpolitische Vorteile mit sich bringen (vgl. für diesen Abschnitt Roithner 2008: 235). Unter der Voraussetzung, dass die neutralen bzw. allianzfreien Staaten in der EU mit ihrer Mitgliedschaft auch einen friedenspolitischen Auftrag in die EU aktiv einbringen wollten und damit in der EU die gegenwärtige Prioritätensetzung zwischen militärischem und zivilem Krisenmanagement zugunsten ziviler Lösungen und Abrüstung umzukehren wünschten, ist die Vereinfachung von Beschlüssen, die künftig verstärkte militärische Elemente in sich tragen, kritisch zu beurteilen. Eine friedenspolitische Dimension und ein zusätzlicher Mehrwert nationalstaatlicher Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU umfassen nicht nur ein Abseitsstehen und Herausoptieren, sondern muss darauf achten, dass die Union in ihrer Gesamtheit friedliche Mittel für die Durchsetzung ihrer Poli-

tik bemüht und sich für einen Ausbau und Einsatz dieser zivilen Instrumente engagiert. Sich innerhalb der EU und außerhalb eines militärischen Kerneuropas zu positionieren bedeutet nicht, die Verantwortung für mögliche Kerneuropa-Militäreinsätze von sich weisen zu können. Der damalige österreichische Brigadier (heute Generalleutnant) Wolfgang Wosolsobe (2004: 92) erläutert seine Gedanken kerneuropäischer Entwicklungen im Jahr 2004 – im Gespräch war ein „deutsch-französisches Direktorium“ – in Bezug auf Österreich wie folgt: „Für Staaten der Größe und des politischen Gewichtes Österreichs sind diese Entwicklungen problematisch. Sie verschlechtern die Chancen, im Rahmen der Mechanismen der Union Beteiligung an außen- und verteidigungspolitischen Entscheidungen zu erhalten.“

6. Vorschlag für ein ziviles Kerneuropa

Militärische und rüstungsindustrielle Kerneuropa-Konzeptionen macht die Politik der EU weder demokratischer, gewaltärmer noch außenpolitisch stärker, dafür aber leichter militärisch interventionsfähig – und sie instrumentalisiert die EU für die geopolitischen und geökonomischen Interessen der militärisch potenten und interventionsbereiten (Kern-)EU-Staaten. Instrumente, Formen und Kriterien der engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sind auf militärische Aspekte fokussiert. Zivile Instrumente werden bei der Debatte um Kerneuropa-Konzeptionen aus den Augen verloren.

Es wurde bei der Darstellung von Kerneuropa-Konzepten wiederholt auf die Strategie der einheitlichen Integration der EU Bezug genommen. Der Debatte um die Integration der EU wohnte stets eine normative Komponente inne. In diesem Beitrag wird die Ansicht vertreten, dass eine außenpolitische Zusammenarbeit und Abstimmung der Staaten eine Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit ist. Kritisch muss eine militärische Zusammenarbeit zur Sicherung von geopolitischen und geökonomischen Interessen aufgearbeitet werden. An dieser Stelle unterscheidet sich auch in Konsequenz die Darstellung eines militärischen und eines hier vorgeschlagenen zivilen Kerneuropas. Das hier zu skizzierende zivile Kerneuropa – einsetzend bei den heutigen zivilen Kapazitätslücken und aktiv im Sinne einer Friedensmacht mit friedlichen Mitteln – verfolgt grundsätzlich andere Ziele und bringt vollkommen andere Instrumente zum Einsatz.

Theoretische Skizze eines zivilen Kerneuropa

Im Zentrum der grundsätzlichen Überlegungen stehen ursachenorientierte Ansatzpunkte. Dies impliziert auch eine Annäherung an Gewaltstrukturen, die wirtschaftliche, juristische oder andere Wurzeln haben, ohne die Pro-

blemfelder zu „versicherheitlichen“ (Kaunert/Zwolski 2013). Dabei sind unterschiedliche Politikbereiche der EU auf ihre Widersprüchlichkeiten zu untersuchen, wie beispielsweise der Aufbau lokal funktionierender Lebensmittelversorgung als Zielsetzung der Entwicklungspolitik und ihre teilweise Konterkarierung durch die EU-Agrarexportpolitik.

Die liberale Schule der Internationalen Beziehungen – konkret die Theorie-Referenz des demokratischen Friedens – geht für eine friedensfähige Politik von einer Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte aus und stellt Zusammenhänge zwischen einer demokratischen Verfasstheit von Akteuren und deren friedensförderndem Potenzial unter Demokratien im Außenverhältnis her. Ernst-Otto Czempiel (1999: 150) betrachtet nichtstaatliche Akteure (u. a. politische Bewegungen von BürgerInnen, Wissenschaft, Medien, Gewerkschaften) als wesentliches Element der Politik.

Zielsetzung

Die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse von aktuell eingemeldeten zivilen und militärischen Kapazitäten für EU-Auslandseinsätze widerspiegeln nicht die Vorstellung einer Friedensmacht. Neben dem krassen Missverhältnis zugunsten des Militärs konzentriert sich die EU im Zivilen auf die Bereiche Polizei und Zivilschutz (vgl. Knauder/Biedel/Roithner 2013: 147). Nicolai von Ondarza (SWP) stellt fest, dass zivile Operationen – „die vermeintliche Stärke der EU im Krisenmanagement“ – noch stärker als Militäreinsätze „von einer Fähigkeitenlücke betroffen sind“. „In Folge ist es beispielsweise seit 2007 nicht gelungen, beim EU-Beitrag zur Polizeiausbildung in Afghanistan die anvisierte Sollstärke von 400 (!) Polizisten zu erreichen“ (von Ondarza 2010: 101).

Die Tätigkeitsfelder des hier im Blick befindlichen zivilen Kerneuropas erstrecken sich auf die Rekrutierung, das Training und den Einsatz jener Kräfte, die auf gewaltfreier Basis in den Feldern Konfliktprävention, Versöhnung, Vermittlung, ziviles Krisenmanagement, Begleitung von Friedensprozessen und Krisennachsorge tätig werden können – also über das Spektrum von Polizei, Zivilschutz und Justiz hinaus. Gesellschafts- und Staatenwelt können sich in diesen Bereichen ergänzen (Ropers 2010). Im Zentrum steht der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik mit gewaltfreien Instrumenten und nicht ein Abseitsstehen.

Das hier skizzierte zivile Kerneuropa ist kein rein zivilgesellschaftliches Konzept, sondern integriert unterschiedlichste Akteure und Politikfelder (Ökonomie, Energie, Landwirtschaft ...). Wichtig ist dabei, dass sich die Rolle der Zivilgesellschaft nicht in der Nennung in Strategiepapieren erschöpft, sondern dass staatliche und suprastaatliche Einrichtungen beim operativen Einsatz gemäß oben skizzierten Aufgaben und Zielsetzungen

finanzielle Lasten übernehmen. Die gegenwärtigen ganzheitlichen Ansätze erwecken oftmals den Eindruck eines friedenspolitischen Placebos.

Aus demokratie- und friedenspolitischer Sicht ist eine breite öffentliche Debatte über finanzielle Mittel und deren Verwendung innerhalb der EU-Strukturen essenziell. Diese Diskussion soll mit der Zielsetzung geführt werden, politische Werte zu definieren, sich über die Möglichkeiten der Durchsetzung innerhalb und außerhalb der EU-Grenzen zu verständigen und sinnvolle Mittel zur Erreichung festzulegen. Militärische Instrumente – sofern jeweils überhaupt als sinnvoll erachtet und gewünscht – sind dabei stets Mittel zum Zweck und nie der Zweck selbst.

Literatur

- Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in einer globalisierten Welt, Münster.
- Außenministerium (2013): Anzeige, in: Neue Kronen Zeitung, 9.5.2013, Wien.
- Bahr, Egon (2007): Europas strategische Interessen, in: Internationale Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) (Hg.), Nr. 4/2007, 62. Jg., Berlin, S. 86-97.
- Barroso, José Manuel Durão (2007): „Ein Mangel an Ehrlichkeit“, Interview, in: Der Standard, 19.3.2007, Wien, S. 2.
- Barroso, José Manuel Durão (2011): Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union, Europäisches Parlament, Straßburg 28.9.2011, in: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-11-607_de.htm, abgerufen am 27.6.2013.
- Bieler, Andreas / Morton, Adam David (2006): Neo-Gramscianische Perspektiven, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Auflage, Opladen & Farmington Hills, S. 353-379.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006): Intergouvernementalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (Hg.): Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 91-116.
- Bieling, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden.
- Bohle, Dorothee (2006): Neogramscianismus, in: Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (Hg.): Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 197-221.

- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates, in: http://www.univie.ac.at/intpol/wp-content/uploads/2010/03/ids_2007.pdf, abgerufen am 8.6.2013, Wien.
- Czempiel, Ernst-Otto (1999): Kluge Macht – Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München.
- Ersil, Wilhelm (2004): Kerneuropa: Drohungen und Tendenzen, in: *Utopie kreativ*, Heft 162, April 2004, Berlin, S. 343-354.
- Europäische Union (EU) (2007): Vertrag von Lissabon, Brüssel, in: http://europa.eu/lisbon_treaty/full_text/index_de.htm, abgerufen am 26.7.2013.
- Europäische Union, Rat (EUR) (2008a): ESVP-Bericht des Vorsitzes, 9.12.2008, 16686/08, Brüssel.
- Europäische Union, Rat (EUR) (2008b): Tagung des Europäischen Rates vom 11./12.12.2008, 17271/08, inkl. Anlage 2, Brüssel.
- Europäisches Parlament (EP) (2012): Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Ausschluss für auswärtige Angelegenheiten, Berichterstatter: Arnaud Danjean, A7-0357/2012, 31.10.2012, Brüssel.
- Fisahn, Andreas (2008): Letzte Ausfahrt Dublin. Europa der zwei Geschwindigkeiten: Das Modell kann einen Ausweg aus der EU-Krise weisen, wenn es ganz anders als bisher verstanden wird, in: *Der Freitag. Das Meinungsmedium*, 27.6.2008, Berlin; in: <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/letzte-ausfahrt-dublin>, abgerufen am 16.08.2013.
- Fischer, Joschka (2000): Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration, Rede am 12.5.2000 in der Humboldt-Universität Berlin, in: http://www.zeit.de/reden/europa-politik/200106_20000512_fischer, abgerufen am 1.7.2013, Berlin.
- Fischer, Joschka (2004): „Klein-europäische Vorstellungen funktionieren einfach nicht mehr“, Interview von Bundesaußenminister Fischer, in: *Berliner Zeitung*, 28.2.2004, Berlin.
- Frank, Johann (2009): Die Entwicklung der Sicherheitsstrategie der Europäischen Union. Von der Europäischen Sicherheitsstrategie 2003 zum Fortschrittsbericht 2008, Bundesministerium für Landesverteidigung (Hg.), Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 7/2009, Wien.
- Gnesotto, Nicole (2005): ESVP: Bilanz und Ausblick, in: Gnesotto, Nicole (Hg.): *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999–2004)*, Institut für Sicherheitsstudien der EU, Paris, S. 13-38.

- Gruppe zur Zukunft Europas (2012): Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas der Außenminister Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Polens, Portugals und Spaniens, 17.9.2012, in: <http://www.auswaertigesamt.de/cae/servlet/contentblob/626324/publicationFile/171784/120918-Abschlussbericht-Zukunftsgruppe-Deutsch.pdf>, abgerufen am 25.7.2013.
- Haas, Ernst B. (1964): *Beyond the Nation-State. Functionalism and International Organizations*, Stanford.
- Habermas, Jürgen (2011): *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Berlin.
- Habermas, Jürgen / Derrida, Jacques (2004): Der 15. Februar oder: Was die Europäer verbindet, in: *Der gespaltene Westen*, Frankfurt/Main; auch in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.5.2003, Frankfurt/Main, S. 49-51.
- Howorth, Jolyon (2008): *The Future of the European Security Strategy: Towards a White Book on European Defence*, Written Expertise, Policy Department External Policies, European Parliament's Subcommittee on Security and Defence, Brussels.
- International Institute for Strategic Studies (IISS) (2010): *The Military Balance 2010. The annual assessment of global military capabilities and defence economics*, London.
- Kaunert, Christian / Zwolski, Kamil (2013): *The EU as a Global Security Actor: A Comprehensive Analysis Beyond CFSP und JHA*, Palgrave Studies in European Union Politics, Basingstoke, S. 19-49.
- Keutel, Anja (2012): *Geschichte und Theorie der abgestuften Integration Europas*, SEU Working Paper Nr. 2/2012, Universität Leipzig.
- Knauder, Bernadette / Bierdel, Elias / Roithner, Thomas (2013): Die zivilen und zivil-militärischen Ansätze staatlicher und nichtstaatlicher Auslandseinsatzpolitik. Möglichkeiten, Missverständnisse und Mängel, in: Roithner, Thomas / Frank, Johann / Huber, Eva (Hg.): *Wieviel Sicherheit braucht der Friede? Zivile und militärische Näherungen zur österreichischen Sicherheitsstrategie*, Berlin/Wien, S. 145-161.
- Krell, Gert (2004): *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 3. erweiterte Auflage, Baden-Baden.
- Küchler, Teresa (2005): *France and Spain tie defence knot*, 10.11.2005, in: <http://euobserver.com/9/20292>, abgerufen am 25.7.2013, Brussels.
- Lattacher, Hermann (2013): *Militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – sinnvoller Beitrag zum friedenspolitischen Handeln der Europäischen Union*, in:

- Roithner, Thomas / Frank, Johann / Huber, Eva (Hg.): *Wieviel Sicherheit braucht der Friede? Zivile und militärische Näherungen zur österreichischen Sicherheitsstrategie*, Berlin/Wien, S. 135-144.
- Major, Claudia / Mölling, Christian (2013): *Krise und Kooperation. Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Verteidigungspolitik der EU*, in: Frank, Johann / Matyas, Walter (Hg.): *Strategie und Sicherheit 2013. Chancen und Grenzen europäischer militärischer Integration*, Wien/Köln/Weimar, S. 323-332.
- Neuber, Arno (2003): *Militärmacht EUropa. Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht*, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, ISW-Report Nr. 56, München.
- Nölke, Andreas (2006): *Supranationalismus*, in: Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (Hg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 145-168.
- Oberansmayr, Gerald (2004): *Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union*, Wien.
- Oberansmayr, Gerald (2008): *EU-Reformvertrag und Neutralität. Fünf Thesen*, in: Alfred Klahr Gesellschaft (Hg.): *Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse? Die Militarisierung der Europäischen Union und die österreichische Neutralität*, Wien, S. 19-22.
- Oberansmayr, Gerald (2009): *Österreich auf dem Weg ins militärische Kerneuropa*, in: Netzwerk Friedenskooperative (Hg.): *FriedensForum. Zeitschrift der Friedensbewegung*, Nr. 1/2009, 22. Jg., S. 34-35.
- Ondarza, Nicolai von (2010): *Europa sucht nach Handlungsfähigkeit. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik jenseits von Symbolpolitik*, in: *Internationale Politik*, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) (Hrsg.), Nr. 3/2010, 65. Jg., Berlin, S. 100-105.
- Rehrl, Jochen (2007): *Mehrheitsentscheidungen – Europäische Armee – Gemeinsame Verteidigung. Entwicklungstendenzen der ESVP*, in: Bundesministerium für Landesverteidigung (Hg.): *Österreichische Militärische Zeitschrift*, Nr. 6/2007, XLV. Jahrgang, November/Dezember 2007, Wien, S. 655-664.
- Rehrl, Jochen / Weisserth, Hans-Bernhard (Hg.) (2010): *Lehrbuch GSVP. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union*, Publikation des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport, Wien.
- Roithner, Thomas (2008): *Welches Militär für welchen Frieden? Die militärischen Aspekte der EU-Außenpolitik*, in: *ÖSFK / Mader, Gerald /*

- Roithner, Thomas (Hg.): Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen, Münster/Berlin/Wien, S. 210-245.
- Roithner, Thomas (2013): Der transatlantische Griff nach der Welt. Die USA und die EU im Zeitalter neoimperialer Kriege. Welche Optionen hat die EU? Habilitationsschrift, Wien.
- Ropers, Norbert (2010): Friedliche Einmischung. Zivile Konfliktbearbeitung 1995–2010, in: Wissenschaft und Frieden (W&F), Nr. 4/2010, 28. Jg., Marburg, S. 11-15.
- Ruf, Werner (2009): Armut – Reichtum – Krieg. Europa in einer globalisierten Welt, in: ÖSFK / Roithner, Thomas (Hg.): Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien? 2. Auflage, Wien/Berlin, S. 119-133.
- Schäuble, Wolfgang / Lamers, Karl (1994): Überlegungen zur Europäischen Politik, 1.9.1994, o. O., in: <http://www.cducusu.de/upload/schaublelamers94.pdf>, abgerufen am 15.07.2013.
- Schmidt, Helmut (2005): „Mich ärgert es übrigens auch“, Interview des deutschen Ex-Bundeskanzlers mit Hoffmann-Ostenhof, Georg und Liselotte, Palme, in: Profil, Nr. 21/2005, 23.5.2005, Wien, S. 82-86.
- Steinhilber, Jochen (2006): Liberaler Intergouvernementalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (Hg.): Theorien der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 169-195.
- Tietmeyer, Hans (1994): Europäische Währungsunion und Politische Union – das Modell mehrerer Geschwindigkeiten, in: Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik, 49. Jg., 16. Folge, 25.8.1994, Bonn, S. 457-460.
- Varwick, Johannes (2006): Finalität ohne Ende. Die Europäische Union ist nicht am Ende, aber die alten Leitbilder haben ihre Wirksamkeit verloren, in: Internationale Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) (Hg.), 61. Jg., Nr. 5/2006, Berlin, S. 69-77.
- Waterfield, Bruno (2007): Barroso hails the European ‘empire’, 11.7.2007, London in: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/1557143/Barroso-hails-the-Europeanempire.html>, abgerufen am 27.6.2013,.
- Weidenfeld, Werner (2010): Die Europäische Union, Paderborn.
- Weske, Simone (2006): Deutschland und Frankreich – Motor einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Baden-Baden.
- Wolf, Dieter (2006): Neo-Funktionalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen / Lerch, Marika (Hg.): Theorie der europäischen Integration, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 65-90.

- Wosolsobe, Wolfgang (2004): Frankreich, Kapitel „Neue Diskussion um ‚Kerneuropa‘“, in: Bundesministerium für Landesverteidigung (Hg.): Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 1/2004, XLII. Jahrgang, Jänner/Februar 2004, Wien, S. 90-92.
- Wulf, Herbert (2007): Europäische Rüstungspolitik – gibt’s die? in: Wissenschaft und Frieden (W&F) (Hg.): Europäische Sicherheitspolitik, Nr. 4/2007, 25. Jg., Marburg. S. 6-9.
- Zepter, Bernhard (2009): Strukturen, Akteure und Inhalte der EU-Außenpolitik, in: Bendiek, Annegret / Kramer, Heinz (Hg.): Globale Außenpolitik der Europäischen Union. Interregionale Beziehungen und „strategische Partnerschaften“, Internationale Politik und Sicherheit, SWP, Baden-Baden, S. 17-25.